

HAN-EXKLUSIVGESPRÄCH

Aygül Özkan fordert Pflicht- Kindergartenjahr

Lübbert (HAN). Die Kindergartenpflicht für Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung eint CDU und SPD. Bei einem Parlamentarischen Abend der Mittelstandsvereinigung der CDU waren sich Niedersachsen SPD-Chef Olaf Lies und Sozial- und Familienministerin Aygül Özkan (CDU) in diesem Punkt einig. In einem Exklusivgespräch mit den HAN sprach die gebürtige Hamburgerin über die Thematik.

► Seite 9, Kommentar Seite 2



Niedersachsens Sozialministerin Aygül Özkan begrüßt den Vorstoß, Islamunterricht einzuführen. Foto: dpa

„Wir brauchen für alle ein Pflicht-Kindergartenjahr“

PARLAMENTARISCHER ABEND Ministerin Özkan im Gespräch mit den HAN

Von Thomas Oldach

Lübbertstedt. In Sachen Kindergarten-Pflichtjahr könnte es zum Schulterschluss zwischen CDU und SPD kommen. Wie Niedersachsens SPD-Chef Olaf Lies hält auch die Sozial- und Familienministerin des Landes, Aygül Özkan (CDU), die Einführung einer Kindergartenpflicht für Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung für sinnvoll.

„Allerdings müsste diese Pflicht für alle Kinder gelten, nicht nur für den Nachwuchs mit Migrationshintergrund“, sagte Deutschlands erste türkischstämmige Ministerin am Rande des Parlamentarischen Abends der Mittelstandsvereinigung der CDU (MIT) im Landkreis Harburg. Die Gastrednerin des Abends auf dem „Schüttenhof“ in Lübbertstedt machte im Exklusivgespräch mit den HAN deutlich, dass ihr sogar zwei Kita-Pflichtjahre wünschenswert erscheinen – zumal nicht nur Migrantenkinder Defizite im Umgang mit der deutschen Sprache hätten. „Jedoch muss diese Idee zunächst auf ihre Finanzierbarkeit geprüft werden, außerdem darf das elterliche Selbstbestimmungsrecht nicht außer Acht gelassen werden“, sagte die 39-jährige gebürtige Hamburgerin.

Auch den Vorstoß ihres Ministerkollegen Bernd Althusmann (CDU), in Niedersachsen ab 2012 islamischen Religionsunterricht als reguläres Fach an allen Schulen mit ausreichend muslimischen Schülern einzuführen, hält Özkan für richtig: „Die Vermittlung von religiösen Inhalten trägt massiv zur Verständigung zwischen den Kulturen bei. Allerdings fehlen uns momentan noch ausreichend und nach deutschen Vorgaben ausgebildete Lehrer, um den Islam-Unterricht auf eine breitere Basis stellen zu können.“

Zudem machte die Ministerin deutlich, dass Integration eine Bringschuld von Migranten der dritten und vierten Generation sei. „Das Erlernen der deutschen Sprache ist der Schlüssel zur Integration in diesem Land – und darauf muss dieser Staat stärker drängen“, sagte Özkan: „Zahlreiche Mittel, den Druck zu erhöhen, stehen uns zur Verfügung. Sie müssen nur konsequenter angewandt werden.“

In diese Kerbe schlug auch der Landkreis-MIT-Chef Wilfried Uhlmann, als er die Einwanderungspraxis Israels nannte: „Dort hat man ein halbes Jahr lang Zeit, hebräisch zu lernen. Wer es danach nicht ausreichend kann, dem werden alle Sozialleistungen gestrichen.“

Auch der MIT-Bundesvorsitzende Josef Schlarman aus Winsen ging in Lübbertstedt

hart mit dem deutschen Sozialsystem ins Gericht. „Über Jahrzehnte haben wir unser Sozialsystem in eine Ecke gefahren, die uns politisch handlungsunfähig macht. Das Lohnabstandsgebot – wer arbeitet, hat mehr Geld – existiert praktisch nicht mehr. Kein Wunder, dass Deutschland aufgrund seiner Sozialleistungen ein beliebtes Einwanderungsland ist. Denn das sind wir – auch die CDU wollte dies jedoch lange nicht wahrhaben“, so Schlarman.

Da Integration aber außer einem gesellschafts- und sozialpolitischen Thema auch ökonomisches geworden sei, müsse man nun nicht nur alles tun, um die Migranten fit für die Zukunft in Deutschland zu machen, sondern auch alles, um die leistungsfähigen Zuwanderer in Deutschland zu halten, appellierte Schlar-

man an die Gäste aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Zumal auch Aygül Özkan, die sich nach eigenen Worten seit rund zehn Jahren sehr intensiv mit dem Thema Integration auseinandersetzt, den „Schwarzen Peter“ nicht nur auf Seiten der Migranten sieht: „Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund von Name, Aussehen und Herkunft sind nach wie vor an der Tagesordnung. Da muss sich Deutschland bewegen.“

Und welche Rolle spielen die Äußerungen von Thilo Sarrazin? Eine wichtige, wie Wilfried Uhlmann findet: „Er hat ein Tabu gebrochen, hat die Ängste vieler Menschen angesichts von zunehmenden Parallelgesellschaften benannt, ins Nest der Gutmenschen gestochen. Jetzt reagiert die Politik – hoffentlich ist es nicht nur ein Strohfeder.“

► Aygül Özkan

Aygül Özkan, geboren am 27. August 1971, ist die Tochter einer in den 60er-Jahren aus Ankara nach Hamburg zugewanderten Familie. Mit 18 Jahren, noch auf dem Weg zum Abitur, hatte sie sich für die deutsche Staatsangehörigkeit entschieden. Sie nahm ein Studium der Rechtswissenschaft mit dem Schwerpunkt Europa- und Wirtschaftsrecht an der Universität Hamburg auf. Sie legte das Zweite Staatsexamen ab und ist seit 1998 zugelassene Rechtsanwältin am Land-

gericht Hamburg. Aygül Özkan ist mit einem türkischstämmigen Frauenarzt verheiratet und Mutter eines Sohnes. Sie erzieht ihn zweisprachig und bikulturell. 2004 trat Aygül Özkan der CDU bei. Bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2008 zog sie in die Bürgerschaft ein. Am 19. April dieses Jahres wurde bekannt gegeben, dass Özkan das Amt der Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration in Niedersachsen übernehmen soll.